ZS-3075-1

ZEUGENSCHRIFTTUM

Name:	ZS Nr.	Bd	Vermerk:
WEISSER, Dr. Gerhard. Prof.	3075	I	

katalogisiert Seite: 1-2

Sachkatalog:

DAF II - Arb.Wiss. Institut
Firmen III

Personen:

Weisser, Gerhard Prof. Dr.
Schmähl, Winfried Dr.
Peter, Hans Prof.

katalogisiert Seite: 3-11

Sachkatalog:

BesZonen -C-2-5-

Personen:

Weisser, Gerhard Prof. Dr.

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-3075-2

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 5960/79 Best. ZS 3075
Rep. – Kat. 8 05

Der Direktor: Professor Dr. Gerhard Weisser

29. Aug. 1975
W/Ba

3075 I

Herrn Dozent
Dr. Winfried Schmähl,
Johann Wolfgang Goethe-Universität
Seminar f. Wirtschafts- u.
Sozialpolitik

6000 F r a n k f u r t
Mertonstraße 17

An das Institut für Zeitgeschichte, München, mit Bitte um Kenntnisnahme
beste Grüße!
Ihr

Sehr geehrter Herr Kollege Schmähl,

herzlichen Dank für Ihre schon nach dem Titel mir vielversprechende Abhandlung im Finanzarchiv. Leider werde ich aus Gründen, die ich heute in großer Eile nicht ausführen kann, meinerseits erst im November zur Lektüre kommen; inzwischen aber wird ein sozialpolitisch besonders interessierter Assistent unseres Institus die Arbeit sicher lesen.

Nun zu Ihrer Frage. In der Tat hat Dr. Bühler vom arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront sich eine bemerkenswerte Freiheit bei der Wahl seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter zu sichern gewußt. So kam es dazu, daß die verstorbenen Professoren von Stackelberg und Hans Peter - im zweiten Fall sogar hauptberuflich - einige Zeit in diesem Institut gearbeitet haben. Ich habe eine dunkle Erinnerung daran, daß mir Hans Peter über seine Einflußnahme auf die Veröffentlichungen dieses Instituts einiges Interessante erzählt hat, und daß er wohl auch einige sozialpolitische

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-3075-3

5960/79 ZS 3075

Gedanken von mir versucht hat in dieses Schrifttum einzuschleusen. Genaues kann ich Ihnen nicht mehr mitteilen. Ob Professor Waldemar Koch, Universität Tübingen, der Hans Peter nach seinem Tode einen großen Gedenkaufsatz gewidmet hat, über diese Zeit, die Hans Peter in dem Institut zugebracht hat, Ihnen Genaueres mitteilen kann, weiß ich nicht.

Peter gehörte übrigens dem sogenannten Mittwochkreis der Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilungen der Berliner Großbanken an. Diese Personen waren durchweg keine Nationalsozialisten, genossen aber im Hinblick auf ihre Banken das politische Vorrecht, die ausländischen Zeitungen lesen zu dürfen. Dieser Kreis, an dessen Besprechungen auch ich des öfteren teilgenommen habe, bemühte sich um die Kunst, der nationalsozialistischen Zensur dadurch zu entgehen, daß die Themen bewußt äußerst abstrakt und schwer verständlich behandelt wurden, aber doch so, daß der aufmerksame nichtnationalsozialistische Leser bemerkte, worum es ging. Sicher wissen Sie, daß diese Kunst auch von den sehr mutigen Gründern der Freiburger Schule des Neuliberalismus gehandhabt wurde. Diese Männer, deren politischer Linie ich als Sozialdemokrat nicht zustimmte, haben mir durch ihren persönlichen Mut und ihre wissenschaftliche Bedeutung in der NS-Zeit sehr imponiert. Die Geschichte dieses verhüllten Widerstandes gegen das NS-Regime durch nichtnationalsozialistisch, aber politisch engagierte Wissenschaftler muß meines Erachtens erst noch geschrieben werden. Gewiß ist die Zahl der Handhaber dieser Form des Widerstandes nicht sehr groß, aber viele von Ihnen sind oder waren bedeutende Menschen und Wissenschaftler.

Mit besten Grüßen
Ihr

Greiner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES - 3075 - 4

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 6099/80 Best. ZS 3075
Rep. / Kat. We.

30.5.1980 / Ah

B B C tv
British Broadcasting Corp.
z. Hd. Mrs. Patricia M.
Producer Documentary Programmes
Television Centre
Wood Lane

London W 12 7RJ
Great Britain

Sehr geehrte Frau Kollegin!

Erlauben Sie diese Anrede, denn aus Ihrem Schreiben vom 18.2.1980 und unserem Telefongesprächen geht ja hervor, daß Sie wissenschaftlich - historisch tätig sind, und ich bin Professor.

Nun zu Ihrem Schreiben vom 18.2.1980 (das 2. Schreiben von Ihnen kan in unserem Büro nicht gefunden werden, weil alle Mitarbeiter gewechselt haben). Vorab bitte ich um Verständnis, wenn ich doch noch einmal schriftlich sehr ausführlich auf Ihre Fragen eingehe. Keine Ihrer Fragen kann im Telegrammstil mit ja oder nein beantwortet werden.

1. Die deutschen Mitglieder des Zonenbeirats der Britisch Besetzten Zone haben natürlich an manchen Erledigungen von Vorschlägen und manchen Antworten "Anstoß" genommen. Wir waren aber stets der Meinung, daß von den vier Militärregierungen, die sich das Regiment über das ohnmächtige Deutschland teilten, die britische Militärregierung formal und sachlich uns am wenigsten zur Kritik Anlaß gab. Formal besitzen die Briten Jahrhunderte alte Erfahrungen im Umgang mit den Menschen besetzter Gebiete und haben besonders im

3

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-3075-5

6099180 ZS 3075

20. Jahrhundert nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch (Verhalten der Beamten gegenüber der britischen Bevölkerung) eine günstige Entwicklung durchgemacht, deren weiterer Verlauf natürlich durch die mondianen Wirkungen des 2. Weltkrieges gehemmt worden ist. Mit dem britischen Stab des Zonenbeirats haben wir stets gut zusammengearbeitet. Der Hamburger Gouverneur und seine Frau, die im Kriege ihre beiden Söhne verloren hatten, genossen sogar menschlich bei uns und der ganzen Hamburger Bevölkerung ein sehr hohes menschliches Ansehen, denn der Tod der beiden Söhne veranlaßte sie nicht zu Rachegefühlen, sondern zur Pflege des Friedens.

Es gab auch denkwürdige Stunden im Verlauf der Plenarsitzungen. Eine dieser großen Stunden ergab sich durch eine Rede von General Robertson zur Zeit der alliierten Luftbrücke nach Berlin. Der Zonenbeirat fragte Robertson, ob die britische Militärregierung auch zum Äußersten militärischen Schutz von West-Berlin bereit sei. Er erklärte: und schlug sich dabei mit der Hand auf die Brust: "Meine Befehle sind eindeutig, ich werde mit meinen militärischen Kameraden notfalls im Kampf bis zum Äußersten in Berlin ausharren." Gewiß hat auch der Gouverneur der USA-Zone, General Klay, eindrucksvolle Reden gehalten. Seine geringere Erfahrung in der Verwaltung besetzter fremder Länder führte aber dazu, daß er aber zwar sehr bedeutsame Beschlüsse zum Schutz der Deutschen westlich des Eisernen Vorhangs herbeiführte, daß er aber nach meinem Gefühl oft eine sehr autoritäre Sprache anwendete, als bedürften die Deutschen der Erziehung und Belehrung. Robertson war sich dessen bewußt, daß seine Verhandlungspartner ganz überwiegend den Nationalsozialismus scharf verurteilt hatten und in der Zeit der Weimarer Republik vorher aber schon seit sehr langer Zeit in den Städten und Gemeinden sich als überzeugte Demokraten verhalten hatten. Unterricht in Demokratie hatten wir nicht nötig. Daß teilweise sogar für die Militärregierung selbst oder daß Personen in Ämter eingesetzt wurden, obwohl sie Nationalsozialisten gewesen waren

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-3075-6

609280 ZS 3075

und sich entsprechend verhalten hatten, war in der allerersten Zeit, in der große Teile des deutschen Volkes noch seelisch ganz aufgewühlt waren und nach neuen Wegen suchten, kein großes Problem.

Umgekehrt haben natürlich wir Deutschen, gewöhnt an Widerstände im Untergrund gegen die Nazis, nicht immer die Befehle der Militärregierung befolgt, wenn uns gewiß war, was für uns als Deutsche auf dem Spiele stand. Jeder von uns arbeitete so, als könnte er am nächsten Tag von der Militärregierung verhaftet oder abgesetzt werden. Denn es handelte sich ja darum, bei voller politischer Ohnmacht unseres total besetzten Landes, selbständig Wege zur Wiederbelebung der Gesellschaft der Deutschen und zur Wiedererrichtung eines deutschen Staatswesens zu finden. So war es unsere Pflicht, der Militärregierung gegenüber bei zwingenden Umständen ungehorsam zu sein, und zu diesen Risiken waren viele von uns bereit, so auch der Unterzeichner.

Eine erfahrene Besatzungsmacht muß mit solchen Phänomenen rechnen. Es zeichnet die Spitzen der britischen Militärregierung aus, daß sie bei der Verfolgung dieser Fälle oft großzügig und einsichtig waren.

Diese Zeilen schreibe ich nicht im Sinne einer - wie wir Deutschen sagen - "Liebe-Dienerei". Ich habe mich auch als jüngerer Mensch nie gescheut, ein unbequemer Staatsbürger zu sein und die entsprechenden Risiken einzugehen. Heute bin ich mit 92 Jahren ohne Ehrgeiz und in völlig freier Verfügung.

2. Robertson und General Bishop haben uns oft versichert, daß die Debatten im Zonenbeirat und seinen Ausschüssen und die eventuellen Ratschläge von der Militärregierung sehr sorgfältig beachtet werden. Sie wurden auch, soweit erforderlich, an das Deutschland-Ministerium in London weitergegeben. Nun hätte dies ein leeres Versprechen sein können, aber ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß allein aus der Ablehnung eines

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-3075-7

Ratschlags folgt, daß der Empfänger des Rates die Gründe des Ratgebers nicht sorgfältig erwägt. Wir haben oft im Gespräch mit den Vertretern der Militärregierung den Eindruck gehabt, daß viele bei der Militärregierung verantwortlichen Personen unsere Gründe tatsächlich in einer Weise diskutierten, daß sie offenbar (ernsthaft) erwogen wurden. Natürlich kann eine fremde Regierung und speziell eine fremde Regierung mit dem Charakter (aus Offizieren) bestehende Militärregierung die Verhältnisse des regierten fremden Landes nicht sehr genau kennen. Manche Ablehnung mußten wir uns so erklären. Dazu kam aber die Bindung der britischen Militärregierung (über den "Kontrollrat") an die drei anderen Besatzungsmächte. Vielleicht war nicht jede Ablehnung, die uns traf, wirklich damit begründet, daß die betreffende Angelegenheit Sache des von den vier Mächten gebildeten Kontrollrats sei. Aber gerade auch hier, fanden wir auf der deutschen Seite Wege, uns dennoch mit Wirkungen auf die deutsche und die ausländische Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Ich habe in diesen Fällen die Fraktionsführer der politischen Gruppen im Zonenbeirat mehrfach in mein Zimmer gebeten, und wir haben gemeinsame Eingaben an die Militärregierungen verfaßt, wenn die Sache, wie zum Beispiel bei der Frage der Renten der Kriegsbeschädigten, so wichtig war, daß eine deutsche Stelle sich offiziell äußerte. Diese Stellen schufen wir in der Form der Abreden zwischen den Parteien in improvisierter Form. Die bisherige Geschichtsschreibung ist bisher davon wenig oder gar nicht unterrichtet. Ich behaupte nicht, daß dieser provisorische Weg besonders erfolgreich gewesen wäre.

Anders verhält es sich mit den in Anlehnung an den Zonenbeirat von mir veranstalteten und geleiteten Zusammenkünften der Leiter der vielen "Zentralämter" der britischen Zone. Als die Leiter dieser ohne Wissen der Militärregierung von mir eingeladenen Ämter zum ersten Male zusammenkamen, spürten das anwesende Zonenbeiratsmitglied, Minister Grimme, und ich einen gewissen Widerstand.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-3075-8

Ich habe dann diesen Amtsleitern ganz energisch zu verstehen gegeben, daß sie sich an die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit mit dem Zonenbeirat und seinem Sekretariat gewöhnen sollten, denn wir seien das - quasi - Parlament der Zone und sie, die Leiter der Zentralämter, hätten sicher zu einem erheblichen Teil den Wunsch, später Bundesminister zu werden, wenn endlich eine wieder einigermaßen freie deutsche parlamentarische Demokratie zustande käme. Die Zusammenarbeit mit den Personen des Zonenbeirats sei zur Zeit die einzige Form, in der sie sich auf die Funktion als im Parlament verantwortliche Regierungsmitglieder vorbereiten könnten. Diese Zusammenkünfte wurden fast von allen Leitern regelmäßig besucht und fanden auch noch statt, als ein erheblicher Teil der politischen Verantwortung auf deutscher Seite in die "Bi-Zone" verlegt worden war. Der Stab des Zonenbeirats wurde bei einer Gelegenheit darauf aufmerksam, daß wir hier von der Militärregierung ernannte Amtsleiter von uns aus zusammenriefen, an denen die Militärregierungen nicht beteiligt waren. Mit Hilfe einer geeigneten Taktik wurde dann aber erreicht, daß sich die britische Militärregierung mit diesem abfand.

Hier möge mir eine persönliche Mitteilung erlaubt sein. Ich war schon in der ganzen Zeit der Weimarer Republik aktives Mitglied der SPD. daher wurde ich von Kurt Schumacher nach dem Kriege sofort zu seinen Arbeiten herangezogen, die die Wiedergründung einer handlungsfähigen, einer starken SPD zum Ziele hatten. Ich nahm an allen Sitzungen der Ausschüsse teil, die die künftige Arbeit der SSPD in einem neuen demokratischen Deutschland vorbereiten sollten. Ich trat auch öffentlich für unsere Programmarbeit ein. Nun sah mich aber die Militärregierung als den obersten zivil servant in der Zone ohne eigene politische Verantwortung an.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Englischer Tradition entsprach die Meinung der Militärregierung, daß Beamte in solchen Stellungen nicht selbständig parteipolitisch aktiv werden dürfen. Nun war aber mein Wirken im Zonenbeirat in ~~Südwest~~deutschland und bei beiden anderen westlichen Militärregierungen der Kritik ausgesetzt. Man wollte in Südwestdeutschland ein Provisorium in der Form eines losen deutschen Staatenbundes. Wir aber waren - übrigens in Übereinstimmung mit der britischen ~~Militär~~regierung - der Meinung, daß von vornherein ein festgefügter Bundesstaat angestrebt werden sollte. Hierin waren sich auch die Parteiführer im Zonenbeirat nahezu vollständig einig. Sie wollten keineswegs Parteien mit regionaler Beschränkung. Noch heute ist, wie Sie wissen, zwar in Bayern die CSU überwiegend eine regionale Partei, aber es ist für sie ja unvermeidlich gewesen, das Bündnis mit der CDU einzugehen, die für ganz Westdeutschland tätig ist. Der britischen Militärregierung wurde daher von der amerikanischen nahegelegt, daß ich als Generalsekretär des Zonenbeirats mein Eintreten gegen einen losen Staatenbund und für einen festen Bundesstaat einstellen solle. Ich solle nicht der Politik der Länder in Westdeutschland ~~und ihrer Parlamente~~ entgegenwirken. Als ich entgegnete, daß ich meinem "Parlament" verantwortlich sei und daher meinen Weg nicht verlassen könne, daß ich aber Wünschen zur Verfügung stehe, die auf meine fristlose Entlassung hinauskäme, machte mir der Beauftragte der britischen Militärregierung den Vorschlag, ich möge doch nachgeben, dann werde die Militärregierung dulden, was sie längst bemerkt habe, ~~nämlich~~ daß ich parteipolitisch tätig sei. Die britische Militärregierung an und für sich möchte, daß ich meine Arbeit fortsetze. Ich antwortete lachend, daß hier wohl auf die britische Regierung ein Druck vom "Großen Bruder" ausgeübt werde, und ich daher volles Verständnis für meine Entlassung haben würde.

nicht nur bekannt, sondern auch

nämlich

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES- 3075-10

Ich könne nur der Form wegen das ~~ein~~ Zugeständnis machen, daß ich mir nach alter deutscher Tradition eine Nacht Bedenkzeit ausbedinge.

Das Plenum des Zonenbeirats hatte alternierend jeweils einen Vorsitzenden aus den eigenen Reihen. Damals war der spätere Vizekanzler Blücher Vorsitzender. Er befand sich im Westen und sagte mir am Telefon, er werde sofort nach Hamburg kommen und meine Politik unterstützen. (Er war ein führender Mann der FDP). Er ging dann mit mir zu dem Beauftragten der Militärregierung und erklärte, wenn er der Generalsekretär und ich der Vorsitzende des Plenums wäre, würde alles genauso stehen wie jetzt. Er, Blücher, stelle daher anheim, nicht nur Weisser, ssondern auch ihn - Blücher - fristlos zu entlassen. Daraufhin verzichtete die Militärregierung auf weitere Aktionen, die uns bekannt geworden wären. Meinerseits trat ich weiterhin für den Bundesstaat ein und arbeitete weiterhin für die SPD mit. Ich stellte mir damals vor, was wohl geschehen wäre, wenn ich dieses Gespräch nicht mit der britischen, sondern mit der Sowjetregierung hätte führen müssen. Für mich war die stillschweigende Duldung durch die britische Militärregierung ein Beweis für ihre Bereitschaft zur Loyalität und für ihre Erfahrung. Natürlich sind im Land durch untergeordnete Organe der Militärregierung manche Fehler und auch verletzendere Mißgriffe gemacht worden. Aber davon möchte ich nichts weiteres schreiben. Ebenso lasse ich das Problem der Demontage in diesem Brief vollkommen offen, obwohl es viele Debatten auch zwischen Zonenbeirat und Militärregierung darüber gegeben hat.

3. Zu Ihrer dritten Frage: Der Fall, daß der Sprecher der Militärregierung eine Klage der Deutschen ohne Begründung im Plenum abgewiesen hat, hat natürlich Verstimmungen erregt, jedoch muß hier der faktische Verlauf dieser Vorfälle beachtet werden. Die Vertreter der Militärregierung, der Stab, die Mitglieder desZonenbeirats und das Sekretariat ~~kamen~~ kamen regelmäßig an

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-3075-11

den Tagen der Plenarsitzungen auch gesellig zusammen, und zwar für mehrere Stunden. In diesen Gesprächen wurde vieles besser und loyaler behandelt, als dies im Plenum geschah und vielleicht dort nicht anders möglich war. Diese regelmäßigen Gespräche im großen Kreise sind so wesentlich, daß sie einen eigenen Absatz in historischen Berichten erfordern. Da käme es dann aber auf das Gedächtnis der Beteiligten an, und es gibt ja kaum noch Überlebende. Auch für den Zonenbeirat und das Verhalten der britischen Militärregierung gilt ebenso wie für die Deutschen, daß immer auch das Wichtige beachtet werden muß, das informell zustande kommt oder verhindert wird.

4. Die Frage nach den größten Fehlern der britischen Verwaltung läßt sich nur schwer beantworten. Bei einer solchen Überlegung müßte auch das Sozial- und Wirtschaftspolitische fachlich herangezogen werden. Das ist in diesem Brief nicht möglich. Wiederum möge statt dessen ein kleiner Vorfall die Lage beleuchten. Ich verhandelte offiziell für den Zonenbeirat kurz vor der Währungsreform in London mit dem Deutschlandministerium. Der Minister verwies mich zu meiner Überraschung für die weitere Verhandlung an einen jungen - wir sagen im Deutschen: Regierungsrat. Ich erinnerte ihn an die Formel des Währungsgutachtens des Zonenbeirats, das dieses Gutachten als nicht zustande gekommen gelten sollte, wenn nicht gleichzeitig auch die fundamentalen Erfordernisse der Sozialpolitik und des Wirtschaftslebens behandelt und einer einigermaßen befriedigenden Lösung entgegengeführt werden. Eine "rein technische" Währungsreform halte der Zonenbeirat für wirkungslos. Darauf antwortete dieser Regierungsrat: "Aber wieso? Ein verarmtes Volk kann sich doch keine Sozialpolitik leisten." Ich antwortete, daß ein deutscher Student im 2. Semester, der eine solche Meinung äußern würde, von seinem Professor als unfähig und urteilslos angesehen werden würde. (Man stelle sich vor, daß eine solche Meinung heute im

Es würde ein langes Memorandum werden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Bi - 3075 - 12

Verhältnis zu den ärmsten der Entwicklungsländer geäußert würde!) Tatsächlich liefen die Dinge ja auch dann geschichlich anders.

5. Auf Ihre Frage, auf welchem Gebiete unsere Bemühungen am erfolgreichsten waren, möchte ich nicht antworten. Die Antwort könnte wohl kaum objektiv sein. Der Zonenbeirat - d. h. seine parteipolitischen Mitglieder - gilt als eine der zentralen deutschen Stellen, die von vornherein vor staatenbundlichen Provisorien gewarnt haben. Auch hat er sehr bald nach seiner Gründung währungspolitische Vorschläge gemacht, die später (1948) in prinzipiell gleicher Weise trizonal verwirklicht wurden. Einige seiner maßgebenden Personen hatten schon am "Detmolder Memorandum" der Länder und Provinzen der britischen Zone vom November 1945 (!) mitgewirkt. Vom Zonenbeirat (Minister Grimme) ging die Initiative zur "Schuldlos-Erklärung der deutschen Jugend" aus.

6. Ihre Frage nach den Zusammenhängen zwischen Demontage und Konkurrenz auf dem Weltmarkt möchte ich gleichfalls nicht ausführlich beantworten. Bei keiner politischen Frage unter besonnenen Politikern kann sich die Schilderung der Fakten nur der Farben schwarz und weiß bedienen. Das Weltgewissen muß nicht unbeteiligt sein, wenn ungleiche eigene Interessen verfolgt werden.

In dieser Hinsicht müssen wir hoffen, daß der antiquierte Zustand der Ordnung der Weltgesellschaft durch die vielfach nicht berechenbare Politik einer Vielzahl von Einzelstaaten (mit "Interssensphären" oder ohne solche Sphären) in nicht zu ferner Zukunft überwunden wird, und auch dann wird die Erde kein Paradies sein.

Mit meinen verbindlichen Grüßen
bin ich Ihr sehr ergebener

Heimpel

11

Institut für Zeitgeschichte - Archiv